Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

115. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, viertelj. M. 50.—; für Abholer monatl. M. 13.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 6.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 16.—, vierteljährlich M. 50.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—. Auslandsbezug: monatlich M. 16.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.50, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7701. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr. 27 — **Montag, den 17. Januar** — **1921**

Briands Wiedergutmachungsprogramm

Paris, 17. Januar. Briand hat sein Programm den parlamentarischen Kollegen mit folgenden Worten vorgelegt: Wir können uns nicht mit einer langfristigen Politik befassen: wir müssen die jetzige Lage zur Gesundung zu bringen suchen. Es ist daher nötig, möglichst rasch die Summe zu bestimmen, die Deutschland zu bezahlen hat, sowie den Betrag der Jahresraten in Waren und Geld und den Anteil am Gewinn der deutschen Industriegesellschaften. Vor allem aber sind Vereinbarungen mit den Alliierten zu treffen, um die von Deutschland auszustellenden Wechsel auf diese oder jene Weise verwerten und in den Handel bringen zu können.

Eine deutsche Aufstellung der Wiedergutmachungsleistungen

Berlin, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie wir erfahren, wird die Reichsregierung der Wiedergutmachungskommission eine genaue Aufstellung der bisherigen Leistungen, die nach dem Versailler Vertrag und nach allen anderen Abmachungen in Betracht kommen, zugehen lassen. Die Leistungen werden in drei Gruppen eingeteilt. Unter den ersten beiden befinden sich die Lieferungen von Eisenbahnmaterial, die Auslieferung der Handelsflotte, der Seekabel, die Abgabe landwirtschaftlicher Maschinen, Farbstoffe, Chemikalien, außerdem die Lieferung von Tieren aller Art. Diese Lieferungen sind nach dem von gegnerischer Seite aufgestellten Umrechnungskurs mit 18,5 Milliarden Goldmark berechnet. Weitere Ziffern beziehen sich auf die für die Besatzungstruppen aufgewendeten Gelder und ähnliche Ausgaben, die bei der Leistung der ersten 20 Milliarden vertragsgemäß auf die Wiedergutmachungsleistungen angesehen werden können. Unter anderen sind auch sechs Eisenbahnbrücken über den Rhein angeführt, die früher nicht zum Elsaß gehörten, die aber mit abgetreten werden müssen.

Die Pariser Konferenz am 25. Januar

London, 17. Januar. Der „Evening Standard" berichtet, daß die Besprechungen des Obersten Rates am 25. Januar in Paris stattfinden.

Die Pariser Presse und das neue Ministerium

Paris, 17. Januar. Die Pariser Presse begrüßt das neue Ministerium Briand nicht gerade mit Enthusiasmus. Man macht darauf aufmerksam, daß es mindestens zehn Anläufe gebraucht hat, bis es zustande kam. Man macht Briand auch zum Vorwurf, daß er erst links versucht habe und sich schließlich nach erfolgtem Mißlingen nach rechts wandte. Das Kabinett kann jedenfalls nicht als gelungener Versuch der nationalen Einigung auftreten. Einen gewissen Eindruck macht nur das Dreigestirn Briand-Barthou-Loucheur.

Gegenüber Briand spricht sich die Presse überwiegend sympathisch aus. Man rechnet namentlich auf seine Geschmeidigkeit, mit der er sich gewiß Lloyd George gewachsen zeigen wird. Am Dienstag wird das Kabinett sich in der Kammer vorstellen und die Regierungserklärung abgeben. Es kann sich dabei auf verschiedene Interpellationen gefaßt machen. — Pertinax legt im „Echo de Paris" dem Kabinett bereits drei Fragen vor: Welche Politik wird Briand treiben; die sogenannte Politik der Wiedergutmachung, oder die Politik der fünf Annuitäten oder die Pauschalpolitik von Boulogne? Für Pertinax kommt nur die Pauschalpolitik von Boulogne in Betracht. Sie allein könne Frankreich vor einer völligen Isolierung gegenüber Deutschland schützen, zu der die Politik der Wiedergutmachung führen würde, und sie allein könne Frankreich vor einem neuen Unterliegen gegenüber Deutschland bewahren, wozu die Politik der fünf Annuitäten führen würde.

Gegen die deutsche Wirtschaftskonkurrenz

Paris, 17. Januar. (Eigene Meldung.) Die Industriellen von Etienne im Bezirke Loire haben den Präsidenten der Republik telegraphisch auf die Folgen der deutschen Konkurrenz aufmerksam gemacht. Infolge der Valutadifferenz und des Mangels an Wirtschaftsorganisation wurden viele Betriebe eingestellt. Es werden neue praktische Maßnahmen nötig sein, wenn der wirtschaftliche Sieg Deutschlands nicht zur Tatsache werden soll.

Die Bedrohung Oberschlesiens

Breslau, 17. Januar. Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, besteht zwischen dem französischen Oberkommissar der interalliierten Abstimmungskommission und der polnischen Heeresleitung ein bis in alle Einzelheiten verabredeter Operationsplan für den Fall eines polnischen Einmarsches in Oberschlesien. Danach sollen sich die französischen Besatzungstruppen, scheinbar der polnischen Uebermacht weichend, unter Zurücklassung der Waffen, Munition und Geräte, welche von polnischen Offizieren übernommen werden, über die tschechoslowakische Grenze zurückziehen und Oberschlesien kampflos den polnischen Truppen überlassen. Man rechnet darauf, daß die italienischen Truppen schon mit Rücksicht auf ihre geringe Stärke ohne weiteres dem französischen Beispiel folgen werden.

Aus allen Grenzbezirken wird die Zusammenziehung großer polnischer Truppenkörper gemeldet. Bei Myslowitz und Sosnowice sind in der Nacht zum Sonnabend mehrere Regimenter polnischer Infanterie einmarschiert. Der Grenzbevölkerung hat sich infolgedessen eine große Aufregung bemächtigt.

Der 13. März als Abstimmungstag

Berlin, 17. Januar. Die „Montagspost" meldet: In amtlichen Londoner Kreisen wird bestätigt, daß der 13. März als Abstimmungstag für Oberschlesien in Aussicht genommen ist. Der „Petit Parisien" erfährt dazu, daß diese Nachricht mit seinen Pariser Informationen übereinstimme. Da auch die deutsche Regierung erklärt hat, daß ihre Informationen sich damit decken, so kann der 13. März, natürlich ein Sonntag, wohl endgültig als der Tag gelten, an dem die in Oberschlesien wohnenden Stimmberechtigten abstimmen werden. Es fehlt nur noch die amtliche Bekanntgabe an das deutsche Auswärtige Amt.

Die unhaltbaren Zustände in Oberschlesien

Eine Eingabe der deutschen politischen Parteien Oberschlesiens an die Interalliierte Kommission.

Kattowitz, 17. Januar. Die deutschen politischen Parteien in Oberschlesien haben der Interalliierten Kommission am 7. d. M. eine Eingabe überreicht, die nunmehr veröffentlicht wird.

Die Eingabe erinnert daran, daß die Kommission bei Uebernahme der Regierungsgewalt am 11. Februar 1920 den Oberschlesiern eine „neue Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" angekündigt und versprochen hat, alle Unruhestifter rücksichts- und gnadenlos zu verfolgen, wer sie auch seien und was für Unheil sie auch stiften mögen. In den fast 12 Monaten seit dieser feierlichen Proklamation der „neuen Aera der Freiheit und Gerechtigkeit" habe aber die Unsicherheit in Oberschlesien einen bisher nie gekannten Umfang angenommen. Der friedlichen Bevölkerung wurden die Waffen genommen, das Banditentum aber kehrt sich nicht an Verordnungen, sondern triumphiert über die friedliche Bevölkerung. Die Eingabe verzichtet darauf, an die furchtbaren Gewalttaten des polnischen August-Aufstandes zu erinnern, gegen die die Kommission ihre Machtmittel nicht eingesetzt hat. Sie besagt aber, daß allein seit dem 1. September 1920 55 Menschen im Abstimmungsgebiet ermordet wurden, darunter allein im September 16. Ferner führt sie eine Anzahl besonders krasser Fälle des Raubes an und hebt hervor, daß die Grenze nach Polen, wo die Verbrecher nachweislich zum größten Teil Unterschlupf suchen, offen und unbewacht daliegt und nennt das Zustände, die eine Verhöhnung der staatlichen Autorität darstellen, die in den Händen der Kommission liege. Weiter hebt die Eingabe hervor, daß die Kommission über 15 000 Mann Truppen, über 5500 Mann Abstimmungspolizei und in der Landgendarmerie und Blauen Polizei mindestens über 1000 Mann verfügt. Das ist zusammen mehr als ein Siebentel der Truppen und mehr als ein Vierzehntel der Polizeimacht des ganzen Deutschen Reiches. Deshalb legt die Eingabe die Verantwortung für die Zustände in Oberschlesien der Interalliierten Kommission zur Last, der es bei ernstem Willen wohl möglich sei, den Zuständen ein Ende zu machen, denen die friedlichen Einwohner deutscher und polnischer Zunge schutz- und wehrlos preisgegeben sind. Am Schluß erinnert die Eingabe die Interalliierte Kommission an ihre Pflicht, diesen Zuständen ein Ende zu machen. — Eine Abschrift der von der Katholischen Volkspartei, der Deutsch-Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Deutsch-Nationalen Partei unterschriebenen Eingabe ist auch der Botschafterkonferenz in Paris übermittelt worden.

Erfolg der Ukrainer über die Sowjettruppen

Genf, 17. Januar. Die aufständischen Ukrainer haben zwei der besten bolschewistischen Divisionen umzingelt und vollständig aufgerieben. Unter den Truppen befand sich ein ausschließlich aus Offizieren der Petersburger Militärakademie zusammengesetztes Kontingent, das die Elite der Roten Armee darstellte. Die Aufständischen haben die Gegend von Jekaterinoslaw-Nikolajewsk und Alexandrowsk besetzt.

Ausdehnung der Schweizer Wirtschaftskrise

Paris, 17. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Auch in der Schweiz nimmt die Wirtschaftskrise immer größere Ausdehnung an. Heute teilte eine der größten Glasfabriken der Schweiz, und zwar diejenige von St. Prè mit, daß sie ihre Oefen ausblasen und den Betrieb Ende nächster Woche einstellen werde. Die Papierfabrik von Balstal, eine der bedeutendsten in der Schweiz, stellt ihren Betrieb ein. Einige andere Schweizer Papierfabriken haben die Hälfte ihres Personals entlassen. Diese Folgen verschlimmern sich. Zahlreiche Eingaben wurden an die Bundesregierung gerichtet, geeignete Maßnahmen gegen bestimmte Einfuhren zu treffen, da die Schweizer Industrie gegen die Ueberschwemmung mit deutscher Manufaktur nicht mehr ankämpfen könne. Die Schweizer Regierung sei aber entschlossen, darauf nicht einzugehen. Sie stellt infolgedessen eine erhebliche Erhöhung des Zolltarifs in Aussicht.

Die Uebertragung der Wasserstraßen auf das Reich

△ **Dresden**, 17. Januar. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung.) Amtlich wird mitgeteilt: Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der Länder über Uebertragung der dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen auf das Reich, die am 10. Januar in Dresden begannen, sind ununterbrochen bis zum 15. Januar fortgesetzt worden und haben nunmehr einen vorläufigen Abschluß gefunden. Bei der überaus großen Schwierigkeit des Stoffes und namentlich im Hinblick auf die weitgehende Verschiedenartigkeit der wasserrechtlichen Bestimmungen in den beteiligten Ländern war es nicht möglich, über alle Einzelheiten schon jetzt volles Einverständnis zu erzielen; jedoch ist in den Hauptpunkten eine Einigung gelungen, und die Durchführung der Bestimmung der Reichsverfassung, wonach die dem allgemeinen Verkehr dienenden Wasserstraßen spätestens am 1. April 1921 auf das Reich übergegangen haben, kann als gesichert gelten, vorausgesetzt, daß die Regierungen und Volksvertretungen den getroffenen Vereinbarungen zustimmen. Hiernach sollen die Verwaltungszuständigkeiten der Landeszentralbehörden hinsichtlich des Baues, der Unterhaltung des Betriebes und der Verwaltung der zu übertragenden Wasserstraßen einschl. der Strom- und Schiffahrtspolizei und hinsichtlich der sonstigen auf den Verkehr bezüglichen Befugnisse, sowie hinsichtlich der Seezeichen und des Lotsenwesens ab 1. April 1921 auf das Reichsverkehrsministerium übergehen, wobei aber gewisse administrativ-polizeiliche Befugnisse den Landeszentralstellen verbleiben. Die einstweilige Verwaltung der Reichswasserstraßen durch die mittleren und unteren Behörden der Länder erfolgt vom selben Zeitpunkt ab auf Kosten des Reiches und unter Leitung des Reichsverkehrsministeriums. Dies und eine Anzahl anderer Vereinbarungen sollen in Gestalt eines Staatsvertrages Geltung erlangen. Seine Ergänzung durch weitere Vereinbarungen, die die noch nicht geregelten Einzelheiten umfassen werden, bleibt für die nächste Zukunft vorbehalten.

Umarbeitung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Wie die „Tel.-Union" erfährt, beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, den seinerzeit vorgelegten Entwurf des Arbeitslosenversicherungsgesetzes einer gründlichen Umarbeitung zu unterziehen.

Auslandspropaganda

Vor einigen Monaten erschien in London ein Buch von Campbell-Stuart mit dem Titel: The secrets of Crew-House. Die Geheimnisse von Crew House. Crew House war in den letzten Kriegsjahren die Zentrale der vom damaligen Lord, jetzigen Viscount, Northcliffe geschaffenen Propaganda in den feindlichen Ländern, die deren Widerstandskraft von innen heraus zermürben sollte. Im Anschluß an dies Buch, das übrigens, getreu den Reklametraditionen der Northcliffe-Betriebe, die Erfolge der von Crew House aus organisierten Propaganda stark übertreibt, wurden in Deutschland erneut Vorwürfe gegen die lässige Art laut, mit der man bei uns Propaganda im Auslande getrieben habe. Vor allem auf der Rechten, aber nicht dort allein, erhebt man verstärkt die Forderung, das Versäumte nun, da wir nicht mehr von aller Welt abgeschnitten seien, endlich eine methodische und systematische Propaganda gleicher Art durch Wort, Schrift, Bild und Film zu beginnen, um den Wall der Lüge, den unsere Feinde in sechsjähriger Arbeit um uns auftürmten, endlich zu durchstoßen. Dies sei um so notwendiger, als jenseits unserer Landesgrenzen eine gut eingespielte Propaganda gegen uns arbeite und es mit allen Mitteln zu verhindern suche, daß deutsche Einflüsse wirtschaftlicher oder kultureller Art je wieder irgendwo festen Fuß fassen.

Letzterer Behauptung gegenüber sei zunächst einmal festgestellt, daß sie arg übertrieben ist, und daß ganz der gleiche Vorwurf in verschiedenen Kreisen der ehemaligen Feindesländer gegen uns erhoben wird. So gibt es beispielsweise in der französischen Presse wahre Spezialisten für die Aufdeckung geheimer Machenschaften deutscher Propaganda, die, um die Voraussetzungen für eine Revision des Friedens von Versailles zu schaffen, überall Revolution und Mißstimmung unterstütze und fördere. In ganz besonders schlechtem Rufe steht dabei die Zentrale Heimatdienst, als deren aktive und überzeugte Agentin Klara Zetkin (!) auf dem Sozialistenkongreß in Tours zur Zerreißung des Versailler Paktes aufgefordert habe. Die „Times" entdeckt mit erstaunlicher Findigkeit bei jedem Streik in der Welt deutsche Einflüsse, so erst ganz kürzlich bei dem großen Arbeiterausstand im Rio-Tinto-Bezirk. Wir finden also in den Ländern der Entente genau wie in gewissen deutschen Kreisen jenes aus noch immer nicht ganz verwundener Kriegspsychose stammende, krankhaft überreizte Mißtrauen, das in einer Art Verfolgungswahnsinn beim ehemaligen Gegner überall organisierte und methodische Heimtücke, Hinterlist und Bedrohung sieht.

Auch die zweite Behauptung, es sei während des Krieges von deutscher Seite zu wenig Propaganda getrieben worden, ist nicht haltbar. Im Gegenteil! Jeder, der während des Krieges im Auslande war, weiß, daß in den uns erreichbaren Ländern eher zuviel als zuwenig Propaganda getrieben wurde, daß man z. B. ein Land wie die Schweiz geradezu mit Propagandamaterial und Propagandaveranstaltungen überschüttete. Aber für den Erfolg einer Propaganda ist nicht die Masse ausschlaggebend, sondern in erster Linie die Methode und der Geist, mit dem sie geführt wird. Dies gilt vor allem für jede zukünftige Propaganda in den ehemals neutralen Ländern, wo man das Wort „Propaganda" schon als halbe Beleidigung empfindet; denn man verbindet mit ihm aus Kriegszeit-Erfahrung heraus die Vorstellung von Versuchen, dem Neutralen eine Stellung zu suggerieren, zu der er aus eigenem Denken vielleicht nicht kommen würde. Ein Schweizer drückte dies kürzlich so aus: „Wenn ich ein Ding grau sah, so brüllte mir der Deutsche von links ins Ohr: „Nein, es ist blau!" und von rechts schrie der Franzose: „Nein, es ist rot!" Blieb ich dabei, daß es grau sei, so nannte mich der Deutsche einen „Franzosenfreund" und der Franzose schimpfte mich „Pro-Boche", beide aber hielten mich für einen saudummen Kerl, dessen Auffassungsvermögen nicht recht in Ordnung sei." Kein Wunder, daß das Wort „Propaganda" einen üblen Klang bekommen hat. Und wirklich, es ist ein schlimmes, ein schlimm und bösartig gemachtes Wort. „Propaganda" im heutigen Sinne des Wortes ist Kriegserzeugnis, ist Kriegswaffe. Ihr ganzes Streben ging bisher dahin, den geistigen Einfluß des fremden Volkes zu verdrängen; im neutralen Lande, um dessen politische Entschlüsse zugunsten des eigenen zu beeinflussen, im Feindeslande, um die Widerstandskraft des fremden Volkes zu unterhöhlen und es so den Truppen des eigenen als Beute zuzuwerfen.

Wenn wir in Zukunft Propaganda treiben wollen, so gilt es zunächst diese aus der ihr unwürdigen Nachbarschaft von Giftgasen und Gelbkreuzbomben herauszuheben und sie gleich einer Kriegsindustrie auf Friedensarbeit umzustellen. Nicht mehr verhetzen soll sie, sondern versöhnen, nicht mehr trennen, sondern verbinden. Sicherlich soll sie der Abwehr ausländischer Unbill dienen, soll sie die Welt auf die Unerträglichkeit des Friedens von Versailles hinweisen, auf die Untergrabung der Gesundheit unserer Kinder, auf die Schmach der farbigen Truppen im Rheinlande. Voraussetzung dabei aber ist, daß sie diese Grenzen nicht „propaganda", wie wir sie im letzten Kriegsjahre zum Entsetzen aller kultivierten Geister zu treiben begannen.

Aber die Propaganda der Zukunft hat auch noch höhere und dauerndere als jene hoffentlich vorübergehenden, der Anklage und Abwehr dienenden, Ziele. Die wahre Zukunftspropaganda nennen wir jene stille aber stete, leise aber wirksame, tausend feine Fäden von Herz zu Herzen spinnende Werbung für das eigene Volk und seine Kultur, seine Eigenheiten und seine völkische Art, seinen industriellen Wert in der Kulturwelt, seine Einzigkeit, Einmaligkeit und Unersetzlichkeit. Je weniger „organisiert" eine solche Propaganda ist, je weniger amtliche, halbamtliche und private Stellen in sie hineingreifen, um so wirksamer wird sie sein. Kant und Goethe, Ranke und Einstein, Beethoven und Mozart brauchen keine „Propaganda", am wenigsten eine „Kulturpropaganda", wie wir sie im letzten Kriegsjahre zum Entsetzen aller kultivierter Geister zu treiben begannen.

Organisiert hat man im alten Deutschland gerade genug.

SLUB
Wir führen Wissen.